

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare/?em_cnt=1308049

Analyse

Scherben der chinesischen Nation

VON HARALD MAASS



Harald Maass (FR)

Die andauernden Unruhen in Tibet sind nicht nur der Ausdruck des Freiheitswillen eines Volkes. Neben der politischen Botschaft, die sich gegen die Fremdbestimmung durch die Chinesen wendet, steckt hinter den gewaltsamen Protesten auch ein Rassenkonflikt. Deutlich wurde dieser Konflikt bei den Massenunruhen in Lhasa, als Tausende Tibeter offen Jagd auf Han-Chinesen und Hui-Muslime machten und deren Geschäfte und Autos von Einwanderern verbrannten. Berichten zufolge wurde auch die Moschee der Stadt teilweise zerstört.

Für Pekings Führer, die gern von der "großen Einheit aller Völker der ganzen Nation" sprechen, sind die ethnischen Gewalttaten ebenso gefährlich wie die politischen Parolen der Mönche. China ist mit 56 offiziell anerkannten ethnischen Gruppen ein Vielvölkerstaat. Die Han-Chinesen stellen mit 90 Prozent die deutliche Mehrheit der 1,3 Milliarden Chinesen, und sie dominieren alle wichtigen Positionen in Politik und Wirtschaft. Die Minderheiten der Tibeter, der Mongolen und der moslemischen Uiguren in der Westprovinz Xinjiang besiedeln jedoch flächenmäßig riesige Gebiete, die durch ihre Grenzlage und wegen der Rohstoffvorkommen strategisch für Peking von enormer Bedeutung sind.

Der Umgang mit diesen Grenzvölkern spielt seit jeher eine herausragende Rolle in Chinas Politik. Der Gründervater der chinesischen Republik, Sun Yat-sen, sprach einst von der "Union der fünf Nationalitäten" - und meinte damit die Volksgruppen der Han, Mandschu, Mongolen, der muslimischen Hui sowie der Tibeter. Der Revolutionär Mao Tse-tung ließ sich während des Langen Marsches (1934/35) von zahlreichen Minderheiten helfen und versprach diesen im Gegenzug weitreichende Selbstbestimmungsrechte. Nach der Gründung der Volksrepublik 1949 merkte Mao jedoch sehr schnell, dass das neue China auf den Zusammenhalt der verschiedenen Völker angewiesen war.

Zwar erklärte Mao Tibet, Xinjiang (der Name heißt übersetzt: "Neue Grenze"), die Innere Mongolei und mehrere Dutzend kleinere Gebiete offiziell zu autonomen Regionen. In der Praxis sind diese Minderheitengebiete jedoch bis heute fest in chinesischer Hand. In Tibet tritt der tibetische Gouverneur nur bei offiziellen Empfängen auf, die eigentliche Macht hat der chinesische Parteisekretär der KP. Ebenso sind alle anderen zentralen Posten in den Minderheitengebieten von Chinesen besetzt. Dahinter steckt der chinesische Han-Chauvinismus: Trotz aller Rhetorik halten die Han sich technisch und kulturell den Minderheitenvölkern überlegen. Sie sehen ihre Aufgabe darin, diese Volksgruppen zu "zivilisieren" - konkret heißt das: Tibeter, Uiguren und Mongolen müssen die Lebensweise der Han-Chinesen übernehmen.

Das pazifische Jahrhundert

Japan und dessen Verhältnis zu China und angrenzenden südostasiatischen Ländern ist das Thema im **Fernostblog** der FR.

Die Unruhen in Tibet zeigen das Scheitern dieser paternalistischen Politik. In den vergangenen Jahren gab es in Tibet immer wieder Anfeindungen und gewaltsame Ausschreitungen gegen die Hui, die von den Tibetern als Helfer der Han und Wegbereiter der chinesischen Kultur gesehen werden. Bei den Protesten in Lhasa kam es nun erstmals zu pogromartigen Rassenunruhen. Selbst wenn es Peking gelingen sollte, die Lage in Tibet wieder zu stabilisieren - die Sprengkraft der ethnischen Konflikte wird noch lange bestehen bleiben.

Olympische Spiele: **Sportbund schließt Boykott aus**

[document info]

Copyright © FR-online.de 2008

Dokument erstellt am 24.03.2008 um 16:40:02 Uhr

Letzte Änderung am 24.03.2008 um 17:25:35 Uhr

Erscheinungsdatum 25.03.2008